



PFREUNDSCHUH
in Heidelberg

GERHARD PFREUNDSCHUH

Kampf der Wirtschaftssysteme

4.7 Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten



Heidelberg 2018

Copyright © 2018 Gerhard Pfreunds Schuh

Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.

<https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/kdw/kampf-der-wirtschaftssysteme-kapitel-4-7.pdf>

Inhalt

4.7 Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten.....	59
4.7.1 Die Monetaristen (1970er).....	59
4.7.2 EU-Binnenmarkt und Shareholder Value (1980er).....	60
4.7.3 Globalisierung und Finanzkapitalismus (1990er).....	62
4.7.4 Ende der Legende (2000er).....	63

4.7 Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten

Die Soziale Marktwirtschaft mit der Deutschland AG wurde in mehreren Schritten durch den Monetarismus und Finanzkapitalismus zerstört. Doch der Sieg war ein Pyrrhussieg,¹⁷⁹ ein Scheinsieg. Das wissen wir seit 2007, seit der nicht endenden Finanz-, Währungs- und Eurokrise.

Ab den 1970er Jahren wurde die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft vom neoliberalen Monetarismus bedrängt. Milton Friedman und weitere Nobelpreisträger aus den USA gaben immer mehr den Ton an.

Diese Theorien bestimmten ab den 1980er Jahren die westliche Wirtschaftspolitik und die Ausgestaltung des EU-Binnenmarkts. Dazu kam der Wandel der Betriebswirtschaft und der Unternehmensführung zu einer Strategie der reinen Ausbeutung der Unternehmen zum Nutzen der Kapitalbesitzer (Shareholder Value).

Seit den 1990er Jahren kam es zu einer weiteren Steigerung durch den Euro und die neoliberale Globalisierung. Mit dem Euro (Vertrag von Maastricht 1993) wurde eine unausgereifte, nicht zu Ende gedachte Währungsunion geschaffen. Sie verschärfte die innereuropäischen Ungleichgewichte (Süd gegen Nord) und führte ab 2007 zu einer anhaltenden Euro- und Wirtschaftskrise (Griechenland, Italien, Spanien). – Jetzt können die Finanzkapitalisten und Devisenbesitzer wie gezeigt die Welt kaufen. TTIP und TiSA sollten die Krönung sein.

Doch seit 2000 ist mit der „staatlich gesteuerten Volkswirtschaft“ Chinas für das neoliberale Marktmodell ein mächtiger Gegenspieler aufgetaucht. Der Ausgang dieses Wettlaufs ist offen.

Spätestens 2007 hätte der bankrotte Finanzkapitalismus den Regeln der Marktwirtschaft überlassen werden müssen. Die Spekulationsgewinne wären dann geworden, was sie waren: Schrott. Auch die Diener des Systems, Großbanken, Fonds u.a. waren bankrott. Warum mussten die Steuerzahler sie retten? Der Repräsentant der Steuerzahler (Staat) hätte die bankrotten Institutionen übernehmen müssen. Er hätte das System wieder in die Formen einer Sozialen Volkswirtschaft überführen müssen. Doch dazu fehlten der Verstand und die Kenntnisse.

4.7.1 Die Monetaristen (1970er)

Milton Friedman (Nobelpreis 1973) zielte darauf ab, die klassische Theorie (Adam Smith) wiederzubeleben. Denn seit der Weltwirtschaftskrise (1930er Jahre) und in der Nachkriegszeit waren die Keynesianer Wortführer.¹⁸⁰ Ihnen wurde nun

¹⁷⁹ Scheinsieg: Schlacht (bei Asculum) gewonnen – Krieg verloren (so im Pyrrhischen Krieg, 280 – 275 v. Chr.)

¹⁸⁰ Das galt auch bei uns. Karl Schiller (SPD, Wirtschaftsminister), Helmut Schmidt u.a. waren Keynesianer.

vorgeworfen, nur „Strohfeuer“ zu entfachen, für Inflation und Staatsverschuldung zu sorgen. Kanzler Helmut Schmidt meinte noch: „Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit.“

Wurden zuvor Konjunktur- und Wachstumsschwächen auf ein „Marktversagen“ zurückgeführt, so war plötzlich ein „Staatsversagen“ an allem schuld. Beides geschah ohne überzeugenden Wahrheitsbeweis, nur aufgrund passend gemachter mathematischer Modelle.

Mit Helmut Kohl kam 1982 die Wende von Keynes zur Neoklassik wie mit Reagan als US-Präsident (1981 – 1989) und Thatcher als britische Premierministerin (1979 - 1990); sogar Mitterand in Frankreich schwenkte ab 1983 um. Allen wird heute oft neoliberaler Marktfundamentalismus vorgeworfen. Sozial war da nichts mehr.

Auf dem Programm standen wegen der absoluten Staatsfeindlichkeit: Deregulierung der Finanzmärkte, Privatisierung der Staatsunternehmen. Die neue „Wunderwaffe“ war die Angebotstheorie mit billigem Geld und alleiniger Zinssteuerung.

Die Ideen und Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaats waren nun in Forschung und Lehre, in Politik und Praxis auf dem Rückzug. Auch Frankreichs „Planifikation“ geriet ins Abseits.

Die amerikanischen Universitäten und Wirtschaftswissenschaftler geben bis heute eindeutig den Ton an und beherrschen die großen englischen Fachzeitschriften für Ökonomie. Nach den dort erreichten Veröffentlichungen erfolgen die Berufungen auf die Lehrstühle auch bei den deutschen Universitäten. So bleibt der Club unter sich.

4.7.2 EU-Binnenmarkt und Shareholder Value (1980er)

Ab den 1980er Jahren kam es auch auf der Ebene der Unternehmen und der Europäischen Gemeinschaft zu einem Wandel. Die Stichwörter heißen Shareholder Value und neoliberaler EU-Binnenmarkt.

Jack Welch, bis vor kurzem als der erfolgreichste Manager des 20. Jahrhunderts gepriesen, übernahm 1981 den Chefsessel von GE (General Electric). Beim Amtsantritt verkündete er in einem New Yorker Hotel seine Unternehmensstrategie. Er werde nur das Wohl der Kapitalgeber, der Aktionäre, also der Shareholder verfolgen. Nur „Shareholder Value“ sei sein Auftrag, ablesbar am Aktienkurs.

Da er darauf GE zum wertvollsten Unternehmen der Welt machte, folgte ihm eine ganze Managergeneration, saß einer lupenreinen Kapitalismus-Idee auf. Als Ruheständler zeigte Jack Welch Reue. 2009, also nach der Krise von 2007, stellte er richtig: „Shareholder Value ist die blödeste Idee der Welt.“¹⁸¹ Er habe inzwischen erkannt, worauf es ankommt: Kunden, Arbeitnehmer und Unternehmer sind alle unverzichtbar für den Erfolg der Gesamtwirtschaft und damit auch für das langfristige

¹⁸¹ Financial Times Deutschland, 13.03.2009

Überleben der Unternehmen. Offen, ehrlich und zuverlässig müssen sie zusammenwirken, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Zum neoliberalen europäischen Binnenmarkt mit neuen Zuständigkeiten und Institutionen führte die „Einheitliche Europäische Akte“ (auch Vertrag von Luxemburg) von 1987. Schon danach sollten über 300 „Politikfelder“ harmonisiert, d.h. liberalisiert und der nationalen Zuständigkeit entzogen werden.

Dieser und die folgenden Verträge (z.B. Maastricht 1992, Lissabon 2007) regeln nicht klar die Zuständigkeiten.¹⁸² Sie reden nur von „Politiken“. Daher fühlt sich die EU für alles zuständig. Denn über das Marktgeschehen lässt sich zu Allem und Jedem ein Zusammenhang herstellen. Selbst Europaabgeordnete können einem nicht sagen, für was sie nicht zuständig sind. Das führte zur bekannten, oft und vergeblich kritisierten Regulierungswut bis in kleinste Kleinigkeiten. Von Subsidiarität, die die EU-Verträge auch fordern, keine Spur.¹⁸³

Auf der anderen Seite sollen alle nationalen Besonderheiten (Sparkassen, staatliche Versicherungen, kommunale Unternehmen, öffentliche örtliche Ausschreibungen, Ausbildungen und Meisterbrief usw.) unter dem Gesichtspunkt der Deregulierung bzw. Gleichschaltung verboten werden. So gilt bei Subventionen: sie sind den Mitgliedsstaaten streng untersagt, die EU praktiziert sie in großem Stil. Wie ein absoluter Zentralstaat ohne demokratische Legitimation und Kontrolle arbeitet dieser Koloss. Roman Herzog hat dazu 2014 eine treffende Kritik mit Gegenvorschlägen verfasst: „Europa neu erfinden, Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“¹⁸⁴

Mit der Einführung des Euro wurde die EU auch zur Transferunion. Das bedeutet, dass die Staats- und Bankschulden der Südeuropäer vergemeinschaftet und damit den Nordeuropäern aufgebürdet werden.¹⁸⁵ Angestrebt wird außerdem eine Sozialunion. Diese wird aber nur auf dem europaweit niedrigsten Niveau möglich sein. Dafür werden die Sozialwanderer sorgen. Sie kommen inzwischen aus der ganzen Welt und ziehen immer dorthin, wo es die höchsten Hilfen gibt. Da blutet ohne massive Leistungskürzungen jede Staatskasse aus.

Der Sozialen Marktwirtschaft, der Deutschland AG und unserem Sozialstaat (vgl. Transfer- und Sozialunion) hat die neoliberale EU einen schweren Stoß versetzt. Der nächste folgte mit der Globalisierung.

¹⁸² Im Gegensatz dazu lautet Art. 70 unseres Grundgesetzes: „Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“ Ebenso sind nach Art. 30 GG die „Ausübung der staatlichen Befugnisse“ und die „Erfüllung der staatlichen Aufgaben“ „Sache der Länder“, es sei denn das GG ermächtigt ausdrücklich den Bund.

¹⁸³ Subsidiarität heißt: Alles, was unten erledigt werden kann, hat oben nichts zu suchen. Denn jede Regelung von oben ist eine Freiheitsberaubung unten. Charles Montesquieu (1689 - 1755): „Wenn es möglich ist, kein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, dass kein Gesetz gemacht wird.“

¹⁸⁴ Roman Herzog, Europa neu erfinden - Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie, München 2014 – Hans-Werner Sinn nennt es ein „bahnbrechendes Buch“ in: „Der schwarze Juni“, a.a.O., S. 347 (vgl. folgende Fußnote)

¹⁸⁵ Dazu: Hans-Werner Sinn, Die Targetfalle, Gefahr für unser Geld und unsere Kinder, München 2012; ders. Der schwarze Juni, Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desastern - Wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg 2016

4.7.3 Globalisierung und Finanzkapitalismus (1990er)

Ab den 1990er Jahren kamen mehrere Ereignisse zusammen. Die Berliner Mauer war gefallen (1989), der osteuropäische Kommunismus zusammengebrochen. Jetzt wurden das „Ende der Geschichte“ und der weltweite Sieg des Neoliberalismus verkündet (z.B. Francis Fukuyama). Ausgerechnet Milton Friedman beriet Russland.

Die USA und andere Länder deregulierten umfassend die Finanzmärkte, die so außer Kontrolle gerieten. Die Explosion der Geldwirtschaft seit 1990 wurde oben gezeigt. Nicht nur Derivate und Devisen wuchsen, auch die dazugehörigen Institutionen erblühten: Schattenbanken und Hedgefonds, Investmentbanken und Vermögensverwalter (Blackrock,¹⁸⁶ Blackstone u.a.). US-Ratingagenturen, US-Kanzleien, US-Bilanzregeln¹⁸⁷ bekamen weltweite Geltung. Der „Kasinokapitalismus“ begann sein großes Spiel.¹⁸⁸

Weiter sorgten Doppelbesteuerungsabkommen dafür, dass die Weltkonzerne ihre Hauptsitze in Steueroasen verlegten und oft gar keine Steuern mehr zahlen, was ein ungeheurer Wettbewerbsvorteil gerade gegenüber der gesamten heimischen Wirtschaft ist. Erst 2014 merkte das sogar die OECD.¹⁸⁹ Sie klagte nun über eigene frühere Fehler: „Wir wollten Doppelbesteuerung vermeiden und stehen heute vor Null-Besteuerungen.“¹⁹⁰ So erkannte auch die Wirtschaftspresse, dass Konzerne wie Starbucks, Google, Amazon oder Apple in Europa auf ihre Milliarden Gewinne keine oder fast keine Steuern zahlen.¹⁹¹ Von wirksamen neuen Regeln wurde bisher nichts bekannt. 2016 forderte die EU von Google hohe Nachzahlungen; der US-Finanzminister wettete dagegen.¹⁹² Das Thema lässt sich endlos vertiefen.¹⁹³

Gegen die neoliberale Globalisierung wurde bisher nichts getan. Im Gegenteil, es wird gesprochen von „ratlosem Staunen“, „neuer Unverbindlichkeit“ (Armin Schäfer) oder von „aufgeklärter Ratlosigkeit“ wie Jürgen Habermas.¹⁹⁴

¹⁸⁶ Handelsblatt, 27.2.2018, S. 29: Blackrock hatte 2017 ein verwaltetes Vermögen von 5,2 Billionen €

¹⁸⁷ EU-Recht ab 2005: „Die ‚Rechnungslegungsvorschriften‘ (‚International Financial Reporting Standards‘) machen die finanzielle Lage der Unternehmen nach außen vor allem für internationale Investmentfonds sehr durchsichtig: vollständige Offenlegung, vierteljährliche Berichterstattung, Bekanntgabe von Gewinnzielen und eventuellen Gewinnerwartungen usw. Eine versteckte, langfristig und auf Sicherheit orientierte sowie vergleichsweise moderate Dividendenpolitik, wie es das deutsche Handelsrecht und der deutsche Aktienmarkt vorher erlaubten, war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich oder zu rechtfertigen.“ TU Braunschweig: <https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/isw/wandlung-des-modells-deutschland.pdf> - leider nicht mehr abrufbar.

¹⁸⁸ Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O.

¹⁸⁹ OECD. Überstaatliche Organisation der G 20, d.h. der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.

¹⁹⁰ Handelsblatt, 14.08.2014

¹⁹¹ Handelsblatt, 14.08.2014

¹⁹² Handelsblatt, 29.08.2016

¹⁹³ z.B. Gewinnverschiebung über Zinsen für teure Schein-Kredite, Patentgebühren an den Mutterkonzern u.ä.

¹⁹⁴ Armin Schäfer, Die neue Unverbindlichkeit, Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa, Frankfurt 2005
Gerhard Himmelmann, Wandlung des „Modells Deutschland“ zur „Shareholder-Gesellschaft“. Die „Deutschland AG“ im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung, Braunschweig 2007, S. 18

Die ratlosen Theoretiker gehen noch einen Schritt weiter. Der bekannte Volkswirt Herbert Giersch u.a. wollen gar die „Volks“-Wirtschaftslehre abschaffen und nur noch von „Welt“-Wirtschaftslehre reden. Diese betrachten sie nun als eine „globalisierte Betriebswirtschaftslehre“.¹⁹⁵

Die Welt ist ein einziges großes Unternehmen. Das kennen wir schon von Karl Marx. Er meinte, die Unternehmen würden sich so lange zusammenballen, bis nur noch ein einziges Weltunternehmen übrig sei. Dieses sei dann zu verstaatlichen, um den Schritt von Unternehmer-Kapitalismus zum Staats-Kapitalismus und dann zum eigentumslosen End-Kommunismus zu vollziehen.

Nun scheint eine Enteignung auch dann wahrscheinlich, wenn Thomas Piketty Recht hat. Denn wenn 1% der Weltbevölkerung wirklich mehr als 50% des Weltreichtums besitzen sollte, kann es wie bei der Französischen Revolution (1789) sein. Dort stand der Dritte Stand auf und rief: „Wir sind die Nation (93% der Bevölkerung), der Rest, nämlich Adel und Geistlichkeit (7%) können gehen.“ Sie wurden enteignet und verloren nicht nur ihre Steuerfreiheit, sondern alle Privilegien, was ihr Vermögen war.

4.7.4 Ende der Legende (2000er)

Doch manchmal kommt es schneller, als man denkt. Beginnen wir mit Jack Welch und seinem Shareholder Value. Oben wurde schon gesagt, dass sich der Mann 2009 einsichtig zeigte. Er hatte GE zu einer „Bank mit angehängtem Industriegeschäft“ gemacht. Und das „Ende der Legende“ (Handelsblatt) ist die drohende Zerschlagung von GE, weil diese Finanzgeschäfte die Existenz des Unternehmens bedrohen.¹⁹⁶

Einem zweiten großen Kasino-Spieler geht es nicht viel besser. „Ein Riese wankt – Warum die Deutsche Bank nicht aus der Krise findet“, lautet die achtseitige Wochenend-Geschichte im Handelsblatts.¹⁹⁷ Darin wird der von der RAF ermordete Alfred Herrhausen (Vorstandssprecher 1985 – 1989) noch als „eine Bank-Ikone mit sozialem Gewissen“ bezeichnet. Von Rolf-Ernst Breuer (1997 – 2002 Vorstandssprecher, 2002 – 2006 Aufsichtsratsvorsitzender) heißt es: „Als Vorstandschef expandierte er mit dem Konzern im globalen Investmentbanking.“ Der Fall war tief. Die Aktie der Deutschen Bank hat seit 2000 81,5 % verloren, der DAX dagegen insgesamt 72,5 % zugelegt.¹⁹⁸ – Jetzt soll das Geldhaus zu seinen Wurzeln der Unternehmensfinanzierung zurückkehren, weg vom Investmentbanking.¹⁹⁹

Die anderen einstigen großen Privatbanken der „Deutschland AG“ sind beim großen Kasino-Spiel entweder schon untergegangen (Dresdner Bank) oder straucheln weiter

¹⁹⁵ Herbert Giersch, Die offene Gesellschaft und ihre Wirtschaft, Hamburg 2006 (also vor der Krise von 2007)

¹⁹⁶ Siehe oben S. 24 f

¹⁹⁷ Handelsblatt, 29.03.2018 (Ostern), „Krise der Deutschen Bank“, S. 50 ff.

¹⁹⁸ Handelsblatt, 29.03.2018, S. 55 – DAX = Deutscher Aktienindex

¹⁹⁹ Handelsblatt, 09.04.2018, Titelgeschichte: „Strategiewechsel erwünscht.“ „Als Teil der Bank wird man die Investmentbank nicht mehr zum Erfolg bringen können.“ So sogar ein Großaktionär der Deutschen Bank.

(Commerzbank). Das Schicksal der Landesbanken ist allgemein bekannt. Sie vergaßen ihren Auftrag, nämlich die heimischen größeren und mittleren Unternehmen bei ihren Geschäften zu finanzieren. Sie drehten lieber das große Rad des globalen Investmentgeschäfts und verkauften Giftpapiere von Schrottimmobilien. Rendite statt Nutzen stiften, war die Losung; glückloser Shareholder Value die Folge.

Das war weltweit ein Irrweg. Heute erkennen viele, aber längst nicht alle: „Es war die Klasse von 2015. In diesem Jahr stieg John Cryan an die Spitze der Deutschen Bank auf. Gleichzeitig machte Credit Suisse Tidjane Thiam zum Vorstandschef, und die britische Großbank Barclays holte den Amerikaner Jes Staley als CEO. Drei Banken, drei Chefs, drei Problemfälle. Alle drei Institute setzten auch nach der Finanzkrise auf das Investmentbanking. Und alle drei stecken noch immer in der Sanierung fest.“²⁰⁰

Was empfiehlt nun die **Europäische Zentralbank (EZB)**? Weiter so, noch größere Banken! Dazu kann man nur sagen: „*Die Definition von Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.*“ (Albert Einstein)

Zum Glück kommt aus Deutschland Widerspruch: „Banken dürfen nicht zu groß werden. Der oberste Bankenaufseher der Bafin widerspricht offen der Europäischen Zentralbank. Deren Werben für **Großfusionen im Bankensektor hält Röseler für „befremdlich“**. Der Wettbewerb zwischen vielen deutschen Geldhäusern sei vielmehr ein Standortvorteil.“²⁰¹

Auch der erwähnte und bekannte Dr. Doom [= Dr. Untergang], nämlich Nouriel Roubini, hält es für einen Missstand, „wenn eine kleine Clique von Banken und Investmentbanken einen großen Teil des Finanzsystems beherrscht“. „Wir müssen Finanzunternehmen nicht nur verkleinern, sondern entflechten, damit eine mögliche Pleite keinen Dominoeffekt auslöst.“ Für die Zukunft empfiehlt er die Errichtung neuer Brandschutzwände im Finanzsystem, überschaubare Geldkreisläufe und Geldmärkte. Er geht noch weiter: Großbanken und Versicherungen, die im Konkursfall die ganze Wirtschaft eines Landes, eines Erdteils oder der Welt ins Wanken bringen, müssen zerschlagen werden.²⁰² Das bedeutet nichts anderes als Regionalisierung mit kleineren Geldkreisläufen, regionalen Banken und Geldsammelstellen (Versicherungen, Pensionsfonds, Anleihemärkte u.a.). Das hatten wir schon, das brauchen wir wieder. Bei den Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben wir es noch.

Insgesamt haben wir eine anhaltende Krise der angelsächsischen VWL (Volkswirtschaftslehre). Überzeugende Lösungen fehlen. Das führt zum nächsten Kriegsschauplatz: Zum Aufstieg der Populisten, der EU-Kritiker und

²⁰⁰ <http://www.handelsblatt.com/21158010.html/> gelesen: in der Handelsblatt10 App

²⁰¹ Handelsblatt, 05.04.2018, Fettdruck wie im Original

²⁰² Roubini/Mihm, a.a.O., S. 282, 306 (Er nennt als Beispiele acht Finanzkonzerne, die zu zerschlagen seien.)

Globalisierungsgegner. G-20-Gipfel werden zu Chaostagen; sie spiegeln die Lage der enthemmte Weltwirtschaft wider.

Diese „Blindgänger“ (Lisa Nienhaus²⁰³) in Wissenschaft, Politik und Staat sind so verbildet und eingebildet, dass sie den Finanzkapitalismus retteten, statt das System zu reformieren. Im Deutschlandfunk meinte Joseph Vogl, dass es natürlich Auswege aus dem Gefängnis der Finanzmärkte gab und gibt:

„Also 2008 gab es eine große offene Tür. Es ist ja die ironische Situation eingetreten 2008, dass ein Großteil der internationalen Finanzökonomie sich mit einem hohen Begehren zur Sozialisierung seines Kapitals an die Brust des Staates geworfen hat. Das war im Grunde eine revolutionäre Situation, man hat nur einen eigentümlichen Weg gewählt und dieses sozialisierte Kapital mit hohen Mitteln, mit hohen öffentlichen Mitteln wieder reprivatisiert. Das sind offene Türen gewesen und die werden, da die nächsten Krisen kommen werden, immer wieder offenstehen!“ – Es kam also 2008 zur Restauration!²⁰⁴

Hören wir noch eine andere, sogar amerikanische Stimme:

„Warum, so fragt er [= Michael Sandel, Harvard-Professor, Buchautor mit millionenstarker Anhängerschaft], habe Obama nach dem Crash der Finanzmärkte die Investmenthäuser mit vielen Milliarden Dollar im Rennen gehalten? Warum ging das Geld der Steuerzahler nicht an die Opfer, die in Not geratenen Hypothekenzahler, die überschuldeten Privathaushalte? Man ahnt die Antwort: die Finanzmärkte!“²⁰⁵

Die Großgeldbesitzer wurden nicht nur mit dem Geld der Steuerzahler gerettet. Sie kaufen nun u.a. auch mit diesem Geld den Steuerzahlern ihr Vermögen weg; wie oben beschreiben („2.3.2 Großgeldbesitzer kaufen die Realwirtschaft“).

Doch es gibt nicht nur Auswege, sondern sogar Zwänge zum Umdenken und zum Umbau. Europa muss seinen eigenen Weg zu einer Sozialen Volkswirtschaft gehen, um dem Finanzkapitalismus und dem Staatskapitalismus zu widerstehen. Dazu bedarf es außer der Fortentwicklung der dargestellten sozialen Wirtschaftsordnung auch einer wirtschaftspolitischen Strategie und deren operative Umsetzung.²⁰⁶

²⁰³ Lisa Nienhaus, Die Blindgänger: Warum die Ökonomen auch künftige Krisen nicht erkennen werden, Frankfurt/M 2009, Nienhaus ist Wirtschaftsjournalistin, früher FAS, heute Die Zeit.

²⁰⁴ Deutschlandfunk, 14.05.2015, Interview mit Josef Vogl, Krise des Kapitalismus „Natürlich gibt es Auswege aus dem Gefängnis der Märkte“, Joseph Vogl ist Kulturwissenschaftler und Philosoph (Humboldt-Uni, Berlin).

²⁰⁵ FAZ – Feuilleton, 12.04.2018

²⁰⁶ Zur Aufbauorganisation muss die entsprechende Ablauforganisation kommen.